



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 4 886 890

E/XV/42 - 19. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1-12	Die Lohn- und Gehaltssituation im öffentlichen Dienst Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen Interview mit Adolph Baumert, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	62
3 - 4	Auf dem Weg zum Freiwilligenheer Umrüstung, aber Verzicht auf Atomwaffen in Dänemark	54
5	Nun Kraft und Entschlossenheit! Licht- und Schattenseiten der Debatte über den Antisemitismus	50
6	Die Uniform des Oberzahlmeisters 1500 DM für verlorene Glanzstücke Von Karl Witzrock, NDR	30

* * *
* *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in der nächsten Ausgabe einen uns
von besonderer Seite in Berlin zugegangenen Artikel:

Berlin - ein Hort der "Gottlosenpropaganda"?

Die Lohn- und Gehaltssituation im öffentlichen Dienst

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen

Interview mit Adolph Kummernuss,
Vorsitzender der Gewerkschaft

Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

SPD-Pressedienst: Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind am 17. Februar 1960 nach 22-stündiger Dauer in Bad Kreuznach gescheitert. Warum?

A. Kummernuss: Die Haltung der Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden ist an dem Scheitern der Verhandlungen schuld. Auch ihr letztes Angebot stand in keinem tragbaren Verhältnis zu unseren Forderungen. Es war für uns nicht annehmbar.

SPD-Pressedienst: Die Gewerkschaft ÖTV fordert eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 15 Prozent sowie eine besondere Zulage von DM 20,-- für ledige und von DM 30,-- für verheiratete Arbeiter. Diese Forderung ist von Vertretern der Bundesregierung als "maßlos" bezeichnet worden. Herr Kummernuss, welche Gründe bestimmten die Höhe dieser Forderung?

A. Kummernuss: Die ÖTV hat seit zwei Jahren keine Tarifbewegung für den öffentlichen Dienst geführt. Wir warteten die von der Bundesregierung wiederholt versprochenen Preissenkungen ab. Als Dank dafür kamen 1959 die enormen Preissteigerungen. Alle Arbeitnehmer wurden davon betroffen und besonders hart die in den unteren Lohngruppen. Ihr Einkommen liegt heute sehr oft bei und sogar unter den Fürsorge-sätzen. Generell liegen die Einkommen im öffentlichen Dienst in unerträglichem Maß unter den Verdiensten in der Industrie. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist nach amtlichen Zahlen in den letzten zwei Jahren, in denen die ÖTV keine Tarifbewegung für den öffentlichen Dienst führte, um 15,4 Prozent gestiegen.

SPD-Pressedienst: Es wird behauptet, daß die Verwirklichung der ÖTV-Forderungen zu Preis- und Tarifierhöhungen führen würde.

A. Kummernuss: Davon kann keine Rede sein. Der Anteil der Personalkosten liegt bei Gas unter 15 Prozent, bei Strom unter 10 Prozent, bei Wasser unter 6 Prozent. Eine 15-prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung würde z.B. die Personalkosten je Kilowatt Strom um 0,06 Pf

erhöhen. Bei den Verkehrsbetrieben, wo der Lohn- und Gehaltsanteil im Durchschnitt unter 50 Prozent liegt, würde sich ein 40-Pfg-Fahrschein um 3 Pfg verteuern. Doch diese 3 Pfg können zu einem erheblichen Teil durch Rationalisierungsgewinne aufgefangen werden. Wegen der Lohn- und Gehaltserhöhungen brauchen keine Tarife erhöht zu werden, wenn die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe darauf verzichten, ihre Investitionen wie bisher zu zwei Dritteln bis drei Vierteln über die Preise zu finanzieren.

SPD-Pressedienst: Herr Kummernuss, die Arbeitgeber behaupten, ihr letztes Angebot stelle die äußerste Grenze dar, was im Interesse der gesamten Volkswirtschaft vertreten werden könne. Was ist Ihre Meinung dazu?

A. Kummernuss: Im allgemeinen Interesse sollte die Unterbewertung der Dienstleistungen endlich beseitigt werden. Bund, Länder und Gemeinden haben die Möglichkeit dazu. Sie verfügen über genügend Geld, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten höheres Einkommen und einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu bieten.

SPD-Pressedienst: Aber Bund, Länder und Gemeinden behaupten doch immer wieder, sie hätten dafür kein Geld?

A. Kummernuss: In den ersten neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres haben Bund und Länder über 4 Milliarden DM Steuermehreinnahmen erzielt. Der Bundesfinanzminister rechnet damit, daß vom 1. April bis 31. Dezember 1960 die Steuereinnahmen um weitere 6,5 Prozent, bei den Ländern sogar um mehr als 10 Prozent steigen werden. Das war ähnlich während der zwei Jahre, in denen keine Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst erfolgten. Bei den Gemeinden wird es nicht viel weniger sein. Es ist besser, diese Gelder wenigstens zum Teil für die Erhöhung der Einkommen im öffentlichen Dienst zu verwenden, als für eine weitere Steigerung der sinnlosen Rüstungsausgaben oder für andere bedenkliche Zwecke. Die volle Verwirklichung unserer Forderungen würde jedenfalls nicht einmal die Hälfte der Steuermehreinnahmen im Rechnungsjahr 1959 erfordern.

Auf dem Weg zum Freiwilligenheer

mu. - Zwischen den politischen Parteien im dänischen Reichstag ist mit Ausnahme der Kommunisten eine Einigung über die Umrüstung der Verteidigung des Königreiches im Norden zwischen Ost- und Nordsee erzielt worden. Man wird stufenweise auf ein berufsmäßiges Freiwilligenheer umrüsten. Ein Verzicht auf die Atombewaffnung bleibt nach wie vor bestehen. Durch die maßvolle Haltung der großen Regierungspartei der Sozialdemokraten ist zum ersten Mal seit hundert Jahren Einigkeit über die dänische Militärgpolitik erzielt worden. Die dänische Verteidigung soll effektiver gestaltet werden, das wird aber nicht zu Lasten des Sozial Etats geschehen.

Der neue Wehrrreformetat, der am 1. April in Kraft treten soll, wird noch im Februar den Folketing passieren. Zweijährige zähe Verhandlungen zwischen den regierenden Sozialdemokraten, Bodenreformern und Radikalen auf der einen Seite und den beiden Oppositionsparteien, den Konservativen und den Liberalen waren der Einigung über die Umrüstung vorausgegangen. Danach wird die Militärdienstzeit schrittweise von 16 auf 12 Monate bei gleichzeitiger Herabsetzung der Freiwilligen truppe reduziert. Das soll nach einem Stufenplan geschehen. Zuerst wird die Dienstzeit auf 14 Monate vermindert und die Zahl der Freiwilligen von jetzt 1700 auf 3000 heraufgesetzt. Der freiwillige Eintritt in die dänische Gruppe soll dabei attraktiver gemacht werden. Dieser erste Schritt soll Ende 1961 abgeschlossen sein.

In den folgenden Jahren beabsichtigt das dänische Verteidigungsministerium, das von den sozialdemokratischen Minister Poul Hansen geleitet wird, weitere tausend Freiwillige anzuwerben. Erfolgt das, so wird die Wehrdienstzeit auf zwölf Monate herabgesetzt. Eine Ausnahme soll bei der dänischen Marine gemacht werden. Die 3 000 Wehrpflichtigen der Marine sollen bereits von diesem Jahr ab statt der bisher 16 Monate nur noch 14 Monate dienen. Eine weitere Herabsetzung ist nicht geplant. Zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien ist ein Kompromiss erzielt worden, wonach im neuen Etatjahr statt bisher 985 Millionen Kronen jetzt 1 095 Millionen Kronen ausgegeben werden sollen. Dieses Geld soll zu 45 Prozent für das Landheer, zu 23 Prozent für die Marine und zu 32 Prozent für die Luftwaffe angewendet werden. Ein Großteil der Gelder ist für die Modernisierung der

Truppe vorgesehen, wobei noch amerikanische Lieferungen erwartet werden.

In der Luftwaffe wird die Zahl der Düsenjäger von 85 auf 112 erhöht. In Seeland und auf Jütland sollen zwei Honest-John-Batterien und bei Kopenhagen eine Nike-Batterie aufgestellt werden. Das ist zur Verteidigung des Küstenvorfeldes oder zur Luftabwehr beabsichtigt. Dänemark lehnt es nach wie vor ab, auf seinem Territorium irgendwelche atomaren Raketen Sprengköpfe oder gar Atomraketen zu lagern. Dieser Beschluß gilt auch hinsichtlich einer möglichen Anlage von Depots für diese Sprengkörper etwa unter amerikanischer Bewachung.

Ein Teil der modernen Ausrüstung für die umzurüstende Truppe soll mit Hilfe der Nato und der Amerikaner beschafft werden. Für 300 Millionen Kronen, wovon die Hälfte von den Vereinigten Staaten übernommen wird, will man neue Schnell- und U-Boote kaufen. Drei Flugplätze sollen nach den Nato-Richtlinien ausgebaut werden. An der jütländischen Ostseeküste soll eine neue Nato-Marine-Basis entstehen. Im Zusammenhang mit diesen Planungen war man auch bereit, Depots für die deutsche Bundeswehr in Jütland anzulegen, die aber von dänischen Truppen zu bewachen sind.

+ + -

Am Ende

Der amerikanische Mathematiker und Vater der Kybernetik, Professor Norbert Wiener, prophezeite auf seiner Tagung der "Amerikanischen Gesellschaft für Fortschritt in der Wissenschaft", daß die Zeit komme, da der moderne Druckknopfkrieg so kompliziert werde, daß nur elektronische Rechenmaschinen die strategischen Entscheidungen treffen könnten. Die elektronischen Generale würden sich selbst in Kriegsspielen üben, wie das die lebendigen Generale tun, und würden im Bruchteil der Zeit, die menschlichen Gehirne dazu brauchen, die Hebel der Kriegsmaschine auszulösen.

+ + +

Nun Kraft und Entschlossenheit !

so - Auch die Welt hat wohl aufmerksam vernommen, was der Bundestag über den Antisemitismus zu sagen hatte. Die nach der Kölner Synagogenschändung sich entfaltende Lawine hat uns allen wieder mit schrecklicher Deutlichkeit ins Bewußtsein gebracht, welchen weiten Weg wir noch zurückzulegen haben, um vor uns selbst und vor den kommenden Generationen bestehen zu können. Die Vergangenheit liegt als ein schwerer Schatten über der Gegenwart, und sie wird auch noch weit in die Zukunft hineinreichen, sofern es uns nicht gelingt, mit den unseligen Überresten des Dritten Reiches fertig zu werden.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien waren einmütig im Abscheu und in der Verurteilung der antisemitischen Süddeleien. Die Empörung über die uns allen zugefügte Schmach klang in allen Reden und Bekenntnissen durch. Die politisch verantwortlichen Kräfte in unserem Volk wissen um ihre Verpflichtung, die ihnen niemand abnehmen kann, unser Volk vor einem neuen Höllensturz und dem damit verbundenen Schrecken zu bewahren.

Es gibt in der jungen deutschen Demokratie - zum Unterschied zur Weimarer Republik - keinen Boden für einen Wettlauf um die Erweckung der allerschlimmsten Instinkte. Der Appell an den inneren Schweinehund bleibt nur Außenseitern vorbehalten, und diese trifft die volle Verantwortung der Nation.

Dies ist ein erfreuliches Ergebnis dieser Debatte. Freilich darf es bei verbalen Bekundungen nicht bleiben. Es bleibt noch die riesengroße Aufgabe, unsere Institutionen und unser ganzes öffentliches Leben mit dem Geist der Demokratie und der Toleranz zu erfüllen. Viel guter Wille ist da, er bedarf nur der Kraft und der Entschlossenheit, ihn in eine neue Wirklichkeit umzumünzen. Bei uns und auch im hellhörigen Ausland darf sich nicht der Zweifel festlegen, es reiche nur zu Worten, nicht aber zu Taten.

Leider endete die Bundestagsdebatte mit schrillen Dissonanzen. Was machte sich wohl der Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, als er im Zusammenhang mit dem "Fall Oberländer" den Namen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden erwähnte? Die Gleichsetzung Oberländer - Wehner ist eine Infamie, eine bössartige und von Haß diktierte Provokation. Oberländer hat alle Wandlungen eines wandlungsfähigen Opportunisten hinter sich - wieviel er noch vor sich hat, bleibt im Schoße der Zukunft verborgen. Er gehört zu den intellektuellen Uchtern der deutschen Tragödie im Osten, von ihm blieb bisher jedes öffentliche Schuldbekenntnis aus, sein Name ist verbunden mit furchtbaren Vorgängen; er ist eine schwere Belastung für eine zukunftsweisende deutsche Ostpolitik. Sein Name wurde zum Symbol einer übergangenen Vergangenheit. Ein Rasner hat nun die Stirn, diesen Namen in Verbindung mit einem Namen zu bringen, der von sich selbst sagt, er sei "ein Gebrannter", der, allen sichtbar, seinen politischen Standort eindeutig in der Demokratie gefunden hat und dessen politisches Wirken ausschließlich dem Ziel gilt, mit allen Demokraten gemeinsam die Wiederkehr der Sorvecker der Vergangenheit zu verhindern. Ist es der zum leidenschaftlichen Demokraten gewordene Herbert Wehner, dem nun die ohnmächtige Wut jener gilt, denen die Demokratie nur eine Formalität ist? Steuert ein Rasner nicht auf die Selbstreinigung, wohl aber auf die Selbstzerfleischung der bündendeutschen Demokratie hin?

Die Uniform des Oberzahlmeisters

Von Karl Wittrock, MdB

Uniformen haben stets besondere Wertschätzung genossen. Das ist mancherorts auch heute noch so, - nicht nur bei kleinen Mädchen. Selbst Behörden der Lastenausgleichsverwaltung wissen den Wert einer Uniform großzügig zu bemessen, auch wenn es sich um die Uniformen der einstigen großdeutschen Ära handelt. Und das nicht nur vereinzelt, sondern "in vielen Fällen" wie der Präsident des Bundesrechnungshofes in seiner Denkschrift vom 24.10.1959 feststellt.

So haben die Ausgleichsbehörden für die verlorengegangenen Uniformen eines Oberzahlmeisters 1 500,- RM, und für die Uniformausstattung eines Oberleutnants und eines Oberstarztes jeweils mehr als 1 600,- RM als Schaden anerkannt. Natürlich wird für diese Schadenbeträge in der Regel ein gleichhoher DM-Betrag als Entschädigung gewährt, - so jedenfalls berichtet es der Präsident des Bundesrechnungshofes in seiner Denkschrift.

Dem harmlosen Zeitgenossen, der meint, die stolzen Formationen von dereinst seien aufgelöst und ihre noch stolzeren Uniformen zu wertlosen Trödel geworden, verschrägt es vollends die Sprache, wenn er in der Denkschrift weiterliest. Er muß ihr nämlich entnehmen, daß der kritische Bundesrechnungshof erst "nach längeren Erörterungen" den Präsidenten des Bundesausgleichsamtes überzeugen konnte, die Uniformen der vergangenen Zeit allenfalls als bescheidenen Hausrat anzusehen. Muß man nicht zu der Auffassung kommen, daß in der Ausgleichsverwaltung für manche Leute die Uhren rückwärts gehen?

Übrigens: Leider berichtet der Präsident des Bundesrechnungshofes nicht, wie die Uniform der hohen Chargen der SS und SA von diesen Ausgleichsbehörden bewertet worden sind. Ob sie wohl seit jener 64 000,- DM-Gesamtrechnung, die ein SS-Führer 1955 der Stadt Lübeck präsentiert hat, im Werte gestiegen sind?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel